

Eine Wahl, die Lateinamerika veränderte (Teil 1)

Vor 25 Jahren siegte Hugo Chávez bei den Wahlen in Venezuela

Das Ergebnis der Wahlen vom 6. Dezember 1998 schlug ein wie eine Bombe. Diese Wahlen waren in vieler Hinsicht etwas Besonderes. Die beiden etablierten Parteien AD (sozialdemokratisch) und COPEI (christdemokratisch), die sich seit 1956 in der Regierung ablösten und das politische Leben im Lande bestimmten, waren diskreditiert und demoralisiert, weswegen sie keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatten und es vorzogen, Henrique Salas Römer, einen bürgerlichen Verlegenheitskandidaten der Partei „Projekt Venezuela“, zu unterstützen. Weitere Gegenkandidaten waren Irene Sáez, eine ehemalige Schönheitskönigin, und Luis Alfaro Uceró, Generalsekretär der AD, der aber von seiner Partei im Stich gelassen wurde. Hugo Chávez kandidierte für seine Partei „Bewegung V. Republik“ (MVR – Movimiento Quinta República).

Seine Kandidatur war nur möglich geworden, weil das Gerichtsverfahren, das gegen ihn wegen seines am 4. Februar 1992 gescheiterten Staatsstreiches gegen die Regierung Carlos Andrés Pérez eröffnet worden war, von Präsident Rafael Caldera 1994 niedergeschlagen worden war, und Chávez nach zwei Jahren Gefängnis auf freiem Fuß gesetzt wurde, ohne daß es zu einer Verurteilung gekommen war. Ein Vorbestrafter hätte laut Verfassung nicht als Präsidentschaftskandidat antreten dürfen, auch nicht im Falle einer Amnestie oder Begnadigung. Dieser Umstand verdient deshalb besonders erwähnt zu werden, weil in vielen Quellen vom amnestierten Putschoffizier die Rede ist, als der Chávez angetreten sei. Chávez selber weigerte sich stets, den Aufstand vom 4. Februar 1992 einen Putsch zu nennen. Für ihn war es eine Erhebung fortschrittlicher Militärs, um die Institutionen zu verändern und die Macht dem Volk zu übergeben. Als deutlich wurde, daß der Putsch zum Scheitern verurteilt sein würde, ergab sich Hugo Chávez mit seinen Truppen in Caracas und erhielt auf sein Verlangen hin die Möglichkeit, sich über das Fernsehen 30 Sekunden lang an seine Mitstreiter zu wenden. In dieser kurzen Ansprache übernahm er die Verantwortung für den gescheiterten Aufstand und erklärte, daß die Aufständischen ihre Ziele vorerst (por ahora) nicht erreicht hätten, es würden sich aber neue Möglichkeiten ergeben. Diese militärische Erhebung stieß auf immense Sympathie in den sozialen Bewegungen und der verarmten Bevölkerung. Chávez wurde zur Leitfigur und durch die Worte „por ahora“ – vorerst zum Hoffnungsträger der armen Bevölkerungsmehrheit. Bezeichnend für die Stimmung im Lande war, daß Carlos Andrés Pérez 1993 wegen Korruption seines Amtes enthoben wurde.

Welche Sympathien Hugo Chávez aufgrund dieses Aufstands gegen die Regierung des korrupten Carlos Andrés Pérez genoß, zeigt sich am besten anhand eines dem Vaterunser nachempfundenen Gebets, das ihm ein

unbekannter Venezolaner im Gefängnis zukommen ließ:

*Chávez unser, der du bist im Gefängnis,
geheiligt sei dein Staatsstreich,
räche uns, unser Volk,
dein Wille geschehe,
der von Venezuela,
der deiner Armee,
gib uns heute das schon verlorene Vertrauen
wieder,
und vergib nicht den Verrätern,
so wie auch wir nicht denen vergeben werden,
die dich gefangen nahmen,
rette uns vor soviel Korruption
und befreie uns von Carlos Andrés Pérez.
Amen.*

Dieses Stimmungsbild erklärt, warum sich Hugo Chávez bei einer Wahlbeteiligung von 63,5 % mit 56,20 % der abgegebenen Stimmen klar mit absoluter Mehrheit gegen Salas Römer (39,97 %) und die ehemalige Schönheitskönigin (2,82 %) durchsetzte. Die anderen Kandidaten blieben jeweils unter 0,5 %.

Neue Verfassung und Sozialprogramme: die Chávez-Erfahrung

Im Wahlkampf hatte er versprochen, einen Kampf gegen die im Lande verbreitete Korruption, Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu führen, und dem Land eine neue Verfassung zu geben. Diesem Versprechen blieb er treu, als er bei seinem Amtsantritt als Präsident am 2. Februar 1999 den Eid ablegte: „Ich schwöre bei Gott, vor dem Vaterland und auf diese dem Tod geweihte Verfassung, daß ich die nötigen demokratischen Umgestaltungen vorantreiben werde, damit die Republik eine den neuen Zeiten entsprechende Verfassung bekommt. Das schwöre ich“. Noch im selben Jahr begann eine breit geführte Diskussion mit allen sozialen Gruppen im ganzen Land zur Erarbeitung der neuen Verfassung, die ihren Höhepunkt und Abschluß in einer Volksabstimmung am 15. Dezember 1999 fand, als sie mit 72 % angenommen wurde. Mit dieser neuen, der Bolivarischen Verfassung, die sich durch viele basisdemokratische Elemente auszeichnete, war der Weg geebnet für die von Chávez und seiner MVR (Bewegung V. Republik) vorgesehene Neugründung des venezolanischen Staates, für die Bolivarische Revolution. Die Bestimmungen erlaubten eine neue Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Im Ergebnis konnten der Hunger und die Armut in Venezuela in bedeutendem Maße vermindert werden. (1995 lebten 75,5 % der Bevölkerung in Armut, davon 42,4 % in extremer Armut. Die Arbeitslosenquote betrug bis zu 35 %. Über die Hälfte der Beschäftigten waren im sog. informellen Sektor tätig: ohne Arbeitsverträge und Versicherung, 37,7 % der unter 15-Jährigen hatten nie eine Schule besucht.)

Für die konkrete Umsetzung der Pläne wurden „Misiones“ (Sozialprogramme) ins Leben gerufen. Sie verfolgten das Ziel, in den verschiedenen Bereichen die enormen sozialen Schulden zu begleichen, die die Nation in den langen Jahrzehnten der Verschwendung durch die elitäre Führungsschicht und der sozialen Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung angehäuft hatte. Hier ist nicht der Platz, um alle mehr als 40 Misiones aufzuführen; genannt werden sollen nur einige auf besonders wichtigen Gebieten. Im Bildungsbereich gab es allein vier: Alphabetisierung, kostenfreie Bildung auf höheren Stufen bis zur Hochschulreife, Neubau und Erweiterung von Universitäten. Im Gesundheitswesen ragten die Misiones Barrio adentro, Milagro (Wunder) und Sonrisa (Lächeln) heraus. Ersteres sorgte für eine medizinische Versorgung in den Armenvierteln vor allem mit kubanischen Ärzten (die aus bürgerlichen Kreisen stammenden Ärzte gaben sich mit solchen nicht zahlungsfähigen Leuten nicht ab), die zweite für die Behandlung von Grauem Star, die dritte für Zahnbehandlung – alle natürlich kostenfrei. Darüber hinaus gab es Misiones zur Absicherung der Ernährung, Schaffung von Wohnungen und zur Förderung der Landwirtschaft. Grundsätzlich wurden alle diese Missionen nach Chávez' Tod 2013 unter der Regierung Maduro fortgeführt, allerdings wegen fehlender Mittel aufgrund der Auswirkungen der US-Sanktionen teilweise sehr stark gekürzt. Von grundlegender Bedeutung für die Einbeziehung besonders der unteren Volksschichten in das politische Leben war die Mision „Identität“, dank derer die ärmere Bevölkerung kostenlos Personalausweise erhielt. Sieben von 10 Venezolanern hatten keinen Personalausweis. Und ohne Personalausweis konnten viele Rechte nicht wahrgenommen werden, z.B. die Teilnahme an den Wahlen, denn ohne PA konnte man sich nicht in die Wählerlisten eintragen lassen. Das hielt aber die herrschende Klasse nicht davon ab, jahrzehntelang von demokratischen Wahlen zu sprechen, obwohl über die Hälfte der Bevölkerung davon ausgeschlossen war. Durch die kostenlose PA-Ausgabe wurde natürlich auch ein Wählerpotential für Chávez geschaffen, was sich dann positiv bei den Wahlen auswirkte. Nun konnten die Volksmassen den/die Kandidaten wählen, der/die ihre Interessen vertrat/en. Die Bolivarische Verfassung gestattet es auch, einen Abgeordneten oder Funktionsträger abzuberufen, wenn er das nach Ansicht der Wähler nicht mehr tut. So kann der Wählerwille direkt wirksam werden.

Das Phänomen Chávez ist nicht zu verstehen ohne dessen soziale Herkunft und die seiner Unterstützer. Der Politisierungsprozess der unteren Klassen in Venezuela war einzigartig. Sich im Territorium zu organisieren, die Potentiale vor Ort kreativ zu erschließen, um die Schwierigkeiten der dort

lebenden Bevölkerung zu identifizieren und zu überwinden – all das macht die partizipative Demokratie des Chavismus aus. Die „Chávez-Erfahrung“ hat die venezolanische Gesellschaft geprägt und prägt sie bis heute: die Organisierung an der Basis, die soziale Inklusion von historisch ausgeschlossenen Teilen der Gesellschaft, eine andere Auffassung von Politik.

Auch in der Wirtschaft gab es Umgestaltungen: Verstaatlichung bzw. Aufkauf von Betrieben, die von den Besitzern aufgegeben wurden oder wo das Arbeitsgesetzbuch nicht eingehalten wurde. Meist wurden die Betriebe in Genossenschaften der dort Arbeitenden umgewandelt, aber auch staatliche Leiter eingesetzt. Das brachte häufig Probleme mit sich, weil das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein nicht entsprechend entwickelt war. Ziel war auch die Diversifizierung der Industrie, um sich von einseitiger Abhängigkeit vom Erdöl zu befreien. Brach liegendes Land wurde – oftmals unter erbittertem Widerstand der Großgrundbesitzer bis hin zu Morden – an Genossenschaften zur Bewirtschaftung übergeben, um die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln. Das reichlich sprudelnde Erdöl hatte bereits in den 50er Jahren zum Niedergang der Landwirtschaft

geführt, weil es mit den Einnahmen aus dem Erdöllexport billiger war, Lebensmittel einzuführen als selber anzubauen. Dieser Mißstand sollte überwunden werden. Diese Art von Neugründung des Staates gefiel der wirtschaftlichen und politischen Elite nicht, die gewohnt war, das Land zu ihren Gunsten zu regieren, aber nicht für den Großteil der Bevölkerung. Auch die USA waren gegen ein solches gesellschaftliches Experiment.

Nachdem klar geworden war, daß Chávez – im Gegensatz zu anderen Präsidenten vor ihm – sich nicht kaufen und vor den Karren der besitzenden Klasse spannen ließ, sondern seine Sozialprogramme konsequent umsetzte, wurde von den besitzenden Kreisen nichts unversucht gelassen, sich seiner zu entledigen. Deshalb gab es von Anfang an Widerstand gegen die bolivariische Revolution. Im Gegensatz zu Chile, wo zuerst versucht worden war, Allende durch wirtschaftliche Zermürbung zur Aufgabe seines Projektes zu zwingen und erst zu einem Militärputsch als letztem Mittel gegriffen wurde, als das nicht klappte und die breiten Volksschichten trotz der von den USA und ihren Verbündeten herbeigeführten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Unidad Popular hielten, sollte Chávez gleich durch

den Militärputsch am 11. April 2002 beseitigt werden, um sich vielleicht einen solchen langen Weg wie in Chile zu ersparen. Doch die Millionen Bürger, die Chávez als politische Akteure zum Leben erweckt hatte und die hinter seiner Politik der sozialen und politischen Inklusion standen, gingen auf die Straße und ließen den Putsch scheitern. Am 13. April war der konterrevolutionäre Spuk vorbei und Chávez saß wieder fest im Sattel. Danach versuchte man es mit der dreimonatigen Stilllegung der Erdölindustrie um die Jahreswende 2002/2003, Chávez zu stürzen. Aber entgegen den Erwartungen der besitzenden Klasse standen die Massen treu zu Chávez, ließen sich nicht beirren durch Benzin- und Lebensmittelknappheit. Es waren die einfachen Arbeiter und Ingenieure in der Erdölindustrie, die diese wieder in Gang brachten. Nunmehr wurde auf die in der neuen Verfassung verankerte Möglichkeit einer Abwahl zurückgegriffen. Pikanterweise war diese Verfassung beim Putsch im April 2002 von den Putschisten als erstes sofort außer Kraft gesetzt worden. Aber auch dieser Versuch, den verhassten Chávez los zu werden, scheiterte kläglich. Alle Wahlen danach endeten mit einem Sieg des Chávez-Lagers.

Gerhard Mertschen
Berlin

Neokolonialer Dünkel

Kainsmal „wertebasierter“ Herrschaftsphantasien

Der „kollektive Westen“ in moralischer Selbstüberhebung muß erleben, wie seine Wertebehauptungen im größeren Erdenrund als machtwortversessener Etikettenschwindel zurückgewiesen werden. Der Druck der US-geführten Westallianz, die Welt unipolar nach ihren Regeln auszurichten, erzeugt Gegendruck. Eine nach friedlichem, ökologisch fairem und sozial rechtem Ausgleich strebende Völkergemeinschaft entschließt sich zu selbstbewußteren Schritten. Dabei übersieht man im Nichtwesten keineswegs, daß die von den Oberlehrerstaaten mantraartig hergebetete Moral in deren Grenzen wie in ihren Beziehungen untereinander schwindstüchtig ist. Vor allem zeigen die leidvollen Erfahrungen kolonial oder neokolonial invadierter Länder, daß alle Parolen der Westphalanx von Partnerschaft, Freiheit und Demokratie keinen Pfifferling wert sind, sobald geopolitische und wirtschaftliche Interessen bedroht scheinen. Im globalen Süden und anderswo gärt es, weil man die politischen und wirtschaftlichen Indoktrinationen, die gnadenlosen Boykotte und Embargos leid ist, die sich Washington, London oder Brüssel zur Disziplinierung unbotmäßiger Nationen ausdenken. Aktuell ziehen sich Länder in Lateinamerika, lange an Uncle Sams Gängelband, sowie Ex-Kolonien Frankreichs den Dorn imperialer Fremdbestimmung. Aus dem Fleisch, nicht aus der Erinnerung.

Derlei Eruptionen verursachen westlichen Aufschrei. Jüngst in Afrika: Ein Putsch in Niger war Coups in Mali, Burkina Faso und Guinea gefolgt. Emmanuel Macron zeterte am lautesten: Die „Epidemie von Putschen in der gesamten Sahelzone“ schwäche den Westen und verlange eine härtere Position, „weil wir sonst nirgendwo mehr sind“. Warum aber begrüßen die Sahel-Völker „ihre“ Putsche, wo doch Coups d'État gegen freigewählte Regierungen wie seinerzeit in Iran, Guatemala, Brasilien oder Chile das Stigma des Verrats tragen? Weil im Gegensatz zu den CIA-gelenkten reaktionären Umstürzen die Sahel-Erhebungen ein Ende der westlichen Ausplünderung zum Ziel haben. Der EU-Abgeordnete Martin Sonneborn hat in der „Berliner Zeitung“ (4. August 2023) vorgetragen, um welche Mißverhältnisse es geht: Frankreich hat keine Goldmine, verfügt aber über die viertgrößten Goldreserven der Welt. Seine ehemalige Kolonie Mali besitzt 0,0 Tonnen Gold, obwohl in mehreren Dutzend Minen pro Jahr 70 Tonnen abgebaut werden. Von den Einnahmen der 60 Tonnen, die in Burkina Faso zum großen Teil in Kinderarbeit geschürft werden, gehen 90 Prozent an multinationale Goldgräberkonzerne. Aus Niger kommt ein Drittel der französischen Uranimporte. Über Geheimverträge erhalten so Frankreichs Kernkraftwerke billigen Betriebsstoff. Die Kaskade solcher Beispiele wäre endlos. „Wie kann Afrika, das über so

viel Reichtum verfügt, zum ärmsten Kontinent der Welt geworden sein?“, fragt Ibrahim Traoré, der 35-jährige Staatschef Burkina Faso.

Die Ursachen werden bewußter und die Alternativen sind attraktiv. Im BRICS-Staatenbund haben fünf Schwellenländer die Weichen in eine gerechtere Zukunft gestellt. Auf dem Johannesburgener Gipfel zunächst um sechs Staaten erweitert, ist die Allianz für weitere 40 Nationen relevant. Bereits heute repräsentiert BRICSplus knapp die Hälfte der Weltbevölkerung und erwirtschaftet 37 Prozent des globalen BIP. Das G7-Konstrukt, das sich von Zeit zu Zeit als Weltregierung aufbläst, verliert an Bedeutung. Das Seidenstraßenprojekt schafft vorteilhaftere internationale Handelsbeziehungen. Eine De-Dollarisierung in der Weltwirtschaft könnte der US-Währung ihr erpresserisches Potential nehmen.

Der Weg in die Multipolarität ist kein Linksruck. Aber er führt aus der Vormundschaft des „Wertewestens“, der den neokolonialen Dünkel als Kern seiner Herrschaftsphantasien nicht ablegt. Wer diesen Weg geht, verteidigt die Werte der Vereinten Nationen, damit die souveräne Gleichheit der Nationen triumphiert.

Hartmut König

Aus: *Unsere Zeit (UZ)*, 3.11.2023